Cenî Info

Nr. 4
01.12.2011

Frauennachrichten vom Kurdischen Frauenbüro für Frieden e.V.

Aufruf zur Demonstration in Genf

Die Eskalation der Repressalien durch die AKP Regierung hat einen unzumutbaren gesellschaftlichen und politischen Zustand erreicht, das gilt insbesondere für die Situation der Kurdinnen und Kurden. Alle, die sich in welcher Form auch zur friedlichen Lösung der kurdischen Frage äußern, werden eingesperrt. Seit 2009 sind über 7700 Kurden und Kurdinnen festgenommen worden. Zuletzt führte diese Angriffspolitik auch zur Festnahme von Frau Prof. Dr Büsra Ersanli und dem Schriftsteller Ragip Zarakolu, beide sind türkische Intellektuelle, die sich für eine friedliche Lösung einsetzten. Mit der Festnahme von 70 Anwälten und Anwältinnen wurde die Welle von Verhaftungen noch mehr ausgeweitet.

Am 22. Oktober setze die türkische Armee aufgrund des Befehls des AKP Politikers und türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül durch internationales Recht verbotene chemische Waffen ein. Bei dem Chemiewaffenangriff am 22.10.2011 wurden 36 kurdische Freiheitskämpfer auf bestialische Art und Weise getötet.

Mitte Oktober ließ der in den USA lebende religiöse Ideologe Fetullah Gülen, der auch für die Ideologie der AKP eine Leitfigur darstellt, eine Fetva (heilige Botschaft) per Videobotschaft ausstrahlen, in der er verkündete: „Rottet die Wurzeln der Kurden aus. Tötet sie, wie es erforderlich ist!"

Unter dem Vorwand, dass der Repräsentant des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan über seine Anwälte mit der KCK (Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans) kommuniziere, wurden in der vergangenen Woche 42 seiner Anwälte festgenommen. Hierzu erklärte der Vorsitzende der KCK Murat Karayilan am 29. November, dass die KCK 10 handschriftliche Briefe von Abdullah Öcalan nicht durch Anwälte, sondern durch eine Delegation des türkischen Staates ausgehändigt bekommen habe.

Seit dem 27. Juli 2011 werden Anwaltsbesuche bei Abdullah Öcalan durch fadenscheinige Gründe systematisch verhindert. Nicht nur, dass 42 seiner Anwälte festgenommen wurden, auch hat die AKP Regierung einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, welcher die Untersagung zukünftiger Besuche sowohl seitens der Familie als auch der Anwälte auf der Gefängnisinsel Imrali vorsieht.
Der türkische Staat hatte mit Kenntnis der AKP seit 2006 Gespräche mit Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali geführt, die Ende Juni in Form von drei Protokollen auch als Vereinbarungen fixiert wurden. Diese Protokolle wurden im Juni dem türkischen Ministerpräsidenten vorgelegt. Dieser reagierte hierauf während seiner Wahlkampagne mit den Worten: „Wäre ich 1999 an der Macht gewesen, hätte ich Öcalan hingerichtet!" Dies war ein klares Signal für die zukünftige Kurden-Politik der AKP Regierung. Nach den Nationalwahlen am 22. Juni 2011, bei der die kurdische BDP in einem Wahlblock mit türkischen demokratischen Kräften einen großen Sieg errang, eskalierte die Repressionspolitik der AKP. Sie nimmt immer gefährlichere Formen an, die nicht nur die Türkei radikal destabilisieren werden, sondern auch die gesamte Region des Mittleren Ostens. Denn die AKP Regierung verfolgt außenpolitisch gegenwärtig eine Expansionspolitik, die eine Neuauflage des Osmanischen Reichs vorsieht.

Bei der Lösung der kurdischen Frage ist die Rolle Abdullah Öcalans von entscheidender Bedeutung. Er war derjenige, der in seinen Gesprächen mit der staatlichen Delegation jedes Mal Konzepte für den Frieden vorgelegt hat. Da er durch die Politik der AKP seit dem 27. Juli mundtot gemacht wurde, eskalieren die Gewalt und der Krieg in Kurdistan. Dies ging soweit, dass die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Wan ebenfalls zu Opfern der rassistischen AKP Politik wurden. Anstatt humanitäre Hilfen zu leisten, wurden die Kurden und Kurdinnen in Wan dafür bestraft, bei den Wahlen nicht für die AKP gestimmt zu haben. Hilfslieferungen aus dem Ausland und aus anderen kurdischen Gemeinden werden durch staatliche Kräfte sogar behindert. Die menschliche Tragödie in Wan dauert immer noch an.

Unser Appell an die Vereinten Nationen
Den Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen internationalen Rechts durch die AKP Regierung muss durch internationale Intervention umgehend Einhalt geboten werden. Für die Lösung der kurdischen Frage sind die Sicherheit, Gesundheit und Bewegungsfreiheit von Abdullah Öcalan eine Voraussetzung und eine Schlüsselfrage. Die Festnahme der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte Öcalans wird von Kurden und Kurdinnen politisch als eine gefährliche Botschaft des Krieges angesehen. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die UN sofort die notwendigen Maßnahmen ergreift und interveniert, um weiterem Leid und weiteren Rechtsverletzungen vorzubeugen. Denn bislang erkennt die AKP weder die Normen des internationalen Rechts an noch hört sie auf warnende Stimmen.
Die UN hat vielfältige Möglichkeiten bei Konflikten zu intervenieren. Sie verfügt über alle erforderlichen politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Interventionsmechanismen.

Wir fordern daher die Ernennung eines UN Sonderberichterstatters für die kurdische Frage in der Türkei und zur Untersuchung des Zustands von Abdullah Öcalan. Ferner fordern wir die Errichtung eines Sonderkomitees der UN für die kurdische Frage.

Um diesen Forderungen Gehör zu verschaffen, werden kurdische Frauen am 7. Dezember 2011, 10.00 Uhr am Placa Neuve in Genf eine Demonstration und Kundgebung veranstalten. Darauffolgend werden wir am 8. und 9. Dezember 2011, zwischen 08.00-18.00 Uhr einen zweitägigen Sitzstreik vor dem UN Gebäude in Genf (Place des Nations, Avenue de la Paix) durchführen.

Die Politik der AKP-Regierung terrorisiert momentan zwar in erster Linie die Kurdinnen und Kurden, jedoch wird sich diese Terrorpolitik zunehmend auf die Völker des Mittleren Ostens ausweiten. Um dem AKP-Terror Einhalt zu gebieten, rufen wir zur Solidarität auf. Unterstützen Sie unsere Forderungen, als ihre eigenen und richten Sie diese an die UN. Beteiligen Sie sich an unserer Demonstration und dem anschließenden Sitzstreik.

Kurdische Frauenbewegung in Europa
30. November 2011

Kurznachrichten:

„Stoppt den Feminizid! – Schluß mit Steinigungen und Hinrichtungen!"
Unter diesem Motto fand am 23.11.2011 im französischen Parlament in Paris eine von der International Free Women's Foundation (IFWF) initiierte Konferenz statt. 101 Frauen von verschiedenen Frauenverbänden, Menschenrechtsorganisationen und politischen Parteien beteiligten an der Konferenz. Neben dem Engagement der Schwestern Mirabel wurde auch der Einsatz von Frauenaktivistinnen wie Danielle Mitterand, die tags zuvor verstorben war, und Sirin Elemhoyi gewürdigt, die 2010 durch das iranische Regime hingerichtet worden war. In der Abschlussresolution bekräftigten die Konferenzteilnehmerinnen ihren Entschluss, eine gemeinsame Plattform aufzubauen, um den Feminizid effektiv bekämpfen und Frauen zu verteidigen, die von Steinigungen und Hinrichtungen bedroht sind. Weitere Konferenzen zu diesem Thema werden in den kommenden Wochen in Schweden, in den Niederlanden und Großbritannien stattfinden. *Kontakt: info@freewomensfoundation.org*

Frauenpolitischer Bruch der Stadtfrauenkonferenz Bremen
Die Stadtfrauenkonferenz Bremen organisierte am 26.11.11 anlässlich des Internationalen Tags gegen jegliche Form von Gewalt an Frauen einen frauenpolitischen Brunch, der im Verein Birati e.V. mit Unterstützung des kurdischen Frauenausschusses stattfand. Die Stadtfrauenkonferenz Bremen ist eine Dachorganisation, in der sich verschiedene Frauenorganisationen mit dem Ziel der Gerechtigkeit für Frauen engagieren. Die Frauenorganisationen *Terra des Femmes*, *Courage*, *Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.* sowie Vertreterinnen der *Innere Mission*, der Parteien *Die Linke* und *MLPD* stellten ihre Projekte und Visionen vor. Der Brunch wurde mit der Entschlossenheit zum gemeinsamen Kampf aller Frauen beendet.
Münever Bazan (Bremen)

Rheinmetall produziert und exportiert, Türkei bombardiert !

Stoppt den Krieg – Stoppt die Rüstungskonzerne!

Am 8.11.2011 besetzten ca. 30 kurdische Frauen und AntifaschistInnen die Zentrale der Rheinmetall AG in Düsseldorf, um gegen die deutsche Unterstützung für den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung zu protestieren. Die DemonstrantInnen konfrontierten die Mitarbeiter der Rheinmetall AG mit Fotos von Menschen, die erst vor wenigen Tagen mit Giftgas und Panzern durch die türkische Armee ermordet wurden. Auf Transparenten und mit Parolen vor und im Gebäude des Rüstungskonzerns forderten sie die Einstellung der Waffenproduktion und des Rüstungsexportes in die Türkei. Die Mitarbeiter der Rheinmetall AG riefen darauf die Polizei. Die Polizei-Einheit zerrte die Protestierenden aus dem Gebäude und erteilte ihnen Platzverweis. Darauf ging die Protestkundgebung vor dem Gebäude weiter. Bei dem Polizeieinsatz wurde eine Frau am Handgelenk verletzt; eine weitere Frau brach zusammen und musste mit dem Notarztwagen ins Krankenhaus gebracht werden.

In der Erklärung der Kurdischen Fraueninitiative "Stoppt den Krieg, stoppt die Rüstungsexporte!" zu der Besetzung von Rheinmetall heißt es:

„Wir protestieren auf das Schärfste gegen die brutalen Kriegsverbrechen des türkischen Staates, sowie die Unterstützung von deutschen Waffenkonzernen für den schmutzigen Krieg in Kurdistan. Auch der Düsseldorfer Konzern Rheinmetall produziert und exportiert Waffen und Logistik für diesen Krieg. Der Konzern erklärte, seinen Rüstungsumsatz um mehr als 60 Prozent steigern - von 1,8 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf 3 Milliarden Euro im Jahr 2013. Die Türkei ist mit 15,2% weiterhin der wichtigster Abnehmer von deutschen Rüstungsexporten. Rheinmetall u.a. deutsche Konzerne profitieren vom Boom im Rüstungsbereich, während die AKP Regierung der kurdische Bevölkerung den totalen Krieg erklärt! (…) Beispielsweise werden die MG 3 Maschinengewehre von Rheinmetall aktuell in Lizenz von MKEK in der Türkei produziert. Auch an der Produktion und dem Export der Kampfpanzer „Leopard 1“ und „Leopard 2 “ ist Rheinmetall beteiligt. Seit den 90er Jahren werden diese Waffen im Krieg gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt. Im März 2010 versprach Bundeskanzlerin Merkel erneut, weitere 56 Panzer des Panzers „Leopard 2“ an die Türkei zu liefern. Es steht außer Zweifel, dass diese auch gegen die Zivilbevölkerung in Kurdistan eingesetzt werden.“ (…) Obwohl die Türkei das UN-Abkommen unterzeichnet hat, das den Gebrauch chemischer Waffen verbietet, wurden bislang 46 Fälle - bei denen über 400 Menschen ermordet wurden – festgestellt, dass die türkische Armee trotzdem chemische Kampfstoffe eingesetzt hat. Dies erfordert Sanktionen und einen sofortigen Stopp von Waffenexporten in die Türkei. Internationale Institutionen verschließen gegenüber diesem Unrecht, gegenüber der von Hass und Feindschaft gegen die kurdische Bevölkerung gekennzeichneten AKP-Politik ihre Augen und schweigen.

Wir schweigen zu den Verbrechen der AKP-Regierung und ihrer Unterstützung durch deutsche Konzerne nicht!

Wir fordern:
- Sofortige Einstellung der Waffenproduktion und der Rüstungsexporte an die Türkei!
- Schluss mit dem schmutzigen Krieg in Kurdistan und der deutschen Unterstützung für das AKP-Regime!
- Die sofortige Freilassung von Abdullah Öcalan und aller politischer Gefangenen!“

Wir blockieren die Wege des Krieges!

Unter dem Motto „Wir blockieren die Wege des Krieges!“sperrten etwa 200 Kurdinnen die Autobahn vor dem NATO-Gebäude in Brüssel. Später blokkierten die Kurdinnen dann die Zugangsstrassen zur NATO. Die Aktion dauerte etwa zwei Stunden. Dies war eine Protestaktion gegen den Einsatz von Chemiewaffen durch die türkische Armee am 22. Oktober 2011, bei dem 36 kurdische FreiheitskämpferInnen bestialisch getötet worden sind.

Die Türkei ist seit 1952 NATO Mitglied. Der türkische Generalstabchef Necdet Özel vertritt die Türkei bei der NATO. Dieser General ist für den wiederholten Einsatz von Chemiewaffen und die völkerrechtswidrige Tötung von dutzenden GuerillakämpferInnen verantwortlich. Als Oberbefehlshaber leitete Necdet Özel zuletzt persönlich die militärische Operation am 22.10.2011, bei der er erneut den Einsatz von Chemiewaffen befahl. Obwohl die Taten des Generals seit langem unter den Kurden bekannt sind und zahlreiche kurdische Medien darüber berichteten, wurde bislang auf internationaler Ebene nichts gegen diesen Kriegsverbrecher unternommen. Laut der NATO-Vereinbarung ist den Mitgliedsstaaten der Einsatz von Chemiewaffen untersagt. Unter den Kurden ist Necdet Özel als „kimyasal Necdet“, d.h. „chemischer Necdet“ bekannt. Dennoch vertritt er die Türkei weiterhin bei der NATO.

Ein weiteres Ziel dieser Protestaktion war es, auf die Mitverantwortung der NATO im Krieg gegen die Kurden hinzuweisen. Seit 1985 praktiziert die NATO im militärischen, politischen und geheimdienstlichen Bereich eine anti-kurdische Politik und ist an Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen beteiligt.

Cenî

1012 Selbstverbrennungen von Frauen in 3 Jahren

Die Anzahl der verdächtigen Frauentode durch Verbrennung hat in Südkurdistan eine beängstigende Dimension angenommen. Die „Kommission zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ gab bekannt, dass die Zahl der Selbstverbrennungen von Frauen im Gebiet des föderalen Kurdistans gestiegen ist und sich in den letzten 3 Jahren 1.012 Frauen selbst verbrannten bzw. gezwungen wurden, sich selbst zu verbrennen. Es wird vermutet, dass die Dunkelziffer weitaus höher ist.

In der Erklärung wird dargestellt, dass die Arbeiten dagegen bislang erfolglos geblieben sind. Die Kommission bekräftigte, dass zur Bewältigung des Problems ein starker politischer Wille notwendig sei. In Südkurdistan wurden erstmals 2008 Kampagnen gestartet, um gegen Verbrechen an Frauen vorzugehen.

Allein zwischen Januar und März 2007 wurden der UN aus den Regionen Hewler, Duhok, Sulaimaniya und Selahaddin 40 Ehrenmorde gemeldet. Diese Tode wurden von offizieller Seite als „Verbrennungsunfälle im Haushalt“ bzw. als Tötungen durch Familienmitglieder wegen „Ehrbeschmutzungen“ aufgenommen. Statistiken zufolge ist Hewler die Stadt mit der höchsten Rate an Frauenmorden. In dieser Stadt wurden in den ersten 6 Monaten 25 Frauen ermordet. 99 Frauen verbrannten sich selbst, 145 wurden gefoltert, 14 erlitten sexuelle Übergriffe. 555 Frauen erstatteten bei den Sicherheitsbehörden Anzeige. Desweiteren wurden 15 Fälle von Genitalverstümmelungen bekannt. Im Zeitraum 1991-2007 starben in den Bezirken Sulaimaniye, Hewler und Duhok 2.664 Menschen im Alter von 12-22 durch Selbstverbrennungen.

Quelle: ANF, 23.11.2011

Cenî Info
erscheint monatlich und kann als Online-Version oder in gewünschter Stückzahl bei Übersendung des Portos bestellt werden:

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
E-mail: ceni_frauen@gmx.de
http://www.ceni-kurdistan.com/

Spenden sind willkommen:
Stadt Sparkasse Düsseldorf
BLZ: 300 50 110
Konto-Nr.: 1004439715